

Antrag auf Zuwendungen aus dem Regionalbudget der LEADER-Aktionsgruppe (LAG) Kottmar für Kleinprojekte im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Lokale Aktionsgruppe Kottmar
Büro im Stadtamt Herrnhut

Löbauer Straße 18
02747 Herrnhut

Aktenzeichen*

Aufruf vom*

Annahme des Antrages bei der LAG am*

**von der LAG auszufüllen*

1. Allgemeine Angaben zum Projekt

Projekttitle

Förderort

Postleitzahl

Ort

ggf. Ortsteil

Straße

Nummer

Flurstück-Nr. (soweit vorhanden)

Projektzeitraum

Beginn:

(Monat/Jahr)

Abschluss:

(Monat/Jahr)

2. Angaben zum Antragsteller

Name/Organisation

Rechtsform

Handelsregister- bzw. Vereinsregisternummer:

Adresse des Antragstellers

Straße

Nummer

Postleitzahl

Ort

ggf. Ortsteil

Internetadresse

ggf. abweichende Zustelladresse

ggf. abweichender Name

Straße

Nummer

Postleitzahl

Ort

ggf. Ortsteil

Vertretungsberechtigte Person

Name, Vorname

Telefon

E-Mail-Adresse

Funktion

Ansprechpartner

Name, Vorname

Telefon

E-Mail-Adresse

Funktion

Vorsteuerabzugsberechtigung

Die Mehrwertsteuer gehört, soweit sie nicht als Vorsteuer nach nationalem Recht rückerstattet wird, zu den förderfähigen Ausgaben.

Für das Vorhaben bin ich / sind wir zum Vorsteuerabzug berechtigt:

ja nein teilweise (%)

Für den Fall, dass die Frage mit "Nein" beantwortet wurde:

Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir eine Erstattung der Mehrwertsteuer nicht beantragt habe/n und dass ich/wir für den Fall der künftigen Beantragung dazu verpflichtet bin/sind, die Bewilligungsbehörde umgehend schriftlich über die Beantragung zu informieren.

Von nichtvorsteuerabzugsberechtigten Unternehmen, Vereinen und Stiftungen sind geeignete Unterlagen (z. B. eine aktuelle Bestätigung des Steuerberaters oder des Finanzamtes ggfs. einschließlich Informationen zu den wirtschaftlichen und ideellen Teilbereichen) vorzulegen.

3. Angaben zum Projekt

Beschreibung des Projektes mit Bezug zur aufgerufenen Maßnahme:

Erwartete Ergebnisse:

4. Erklärungen des Antragstellers

Ich erkläre, dass ich den nachfolgenden Fördergrundsatz zur Kenntnis genommen und mit der Maßnahme noch nicht begonnen habe sowie auch nicht vor Abschluss des Vertrages zur Weitergabe einer Zuwendung beginnen werde.

Mit der Durchführung des Vorhabens darf nicht vor Abschluss des Vertrages zur Weitergabe einer Zuwendung begonnen werden. Ein vorzeitiger Vorhabensbeginn führt zur Ablehnung des Förderantrages bzw. zur Aufhebung des Vertrages zur Weitergabe einer Zuwendung, soweit die LAG nachträglich von einem vorzeitigen Vorhabensbeginn Kenntnis erhält. Der Abschluss eines der Ausführung zugrunde liegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Kaufvertrag, Werkvertrag, Auftragsbestätigung) ist dabei grundsätzlich als Beginn zu werten. Der Erwerb eines Grundstückes und die Erteilung eines Auftrages zur Planung oder zur Bodenuntersuchung gelten nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, gerade sie sind Zweck der Zuwendung.

Hiermit erkläre ich als Antragsteller für das o. g. Kleinprojekt, dass ich für das Projekt keinen Förderantrag in einem anderen Programm gestellt habe und dieses noch nicht im Rahmen der GAK gefördert wurde. Unmittelbare Projekteinnahmen sowie zweckgebunden Spenden oder ähnliche Mittel Dritter habe ich vollständig angegeben. Ich verfüge über ausreichende finanzielle Ressourcen zur Sicherstellung einer erfolgreichen Umsetzung des Kleinprojektes. Somit ist die Umsetzung des Kleinprojektes gesichert. Das betrifft die Vorfinanzierung der förderfähigen Projektausgaben laut Kleinprojektantrag in entsprechender Höhe bis zum Erhalt der Zuwendung aus dem Regionalbudget.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Antrages. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben oder unvollständige, fehlende oder nicht fristgemäß eingereichte bzw. nachgereichte Erklärungen oder Unterlagen zum Antrag die sofortige Kündigung des Unterstützungsvertrages und evtl. Rückforderungen zur Folge haben können.

Mir ist bekannt, dass jede Änderung der im Antrag gemachten Angaben oder zum Verwendungszweck und sonstige für die Genehmigung in Form des Zuwendungsvertrages maßgebliche Umstände, wie die Gesamtausgaben oder die Finanzierung unverzüglich der LAG schriftlich mitzuteilen sind.

Ich willige ein, dass meine Angaben zum Zwecke der Wahrung der finanziellen Interessen von den Rechnungsprüfungs- und Überwachungsbehörden des Bundes und des Landes verarbeitet und geprüft werden. Den beauftragten Kontrolleuren und Prüfern werden auf Verlangen erforderliche Auskünfte sowie Einsicht in Unterlagen gestattet.

Ich bin damit einverstanden, dass projektbezogene Angaben, auch soweit sie Daten zur Person enthalten, veröffentlicht werden. Zudem bin ich damit einverstanden, dass die Projektergebnisse und Berichte zur Projektumsetzung teilweise oder vollständig veröffentlicht werden. Die Vorschriften des Datenschutzes der Europäischen Union in der Form der Umsetzung durch die nationalen Datenschutzgesetze bleiben unberührt.

Ich versichere, dass die von mir vertretene Einrichtung sich nicht im Insolvenzverfahren befindet, nicht abgewickelt wird oder unter Zwangsverwaltung steht. Es liegt keine Haushaltssperre vor. Des Weiteren liegt keine rechtskräftige Verurteilung, Strafbefehl oder Einstellung gegen Auflagen wegen eines Vermögensdeliktes vor. Auch ist mir nicht bekannt, dass ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Subventionsbetrugs oder eines anderen Vermögensdeliktes anhängig ist.

Ich/wir erkläre/n, dass das Projekt ohne die beantragte Zuwendung nicht oder nicht im notwendigen Umfang realisiert werden kann

5. Kenntnisnahme des Antragstellers

Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung aus dem Regionalbudget besteht nicht. Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt als Anteilsfinanzierung auf der Basis von nachweislich bezahlten Rechnungen (Erstattungsprinzip).

Wegen Subventionsbetrug (§ 264 Strafgesetzbuch i. V. m. § 2 Subventionsgesetz) wird bestraft, wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn vorteilhaft sind, oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt. Subventionserhebliche Tatsachen sind die Angaben in diesem Antrag, einschließlich sämtlicher Unterlagen bzw. Anlagen des Antrags. Die Behörden sind verpflichtet, den Verdacht eines Subventionsbetrugs den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen.

Mir ist bekannt, dass

- alle zur Umsetzung des Kleinprojektes erforderlichen Genehmigungen zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung vorliegen müssen.
- Investitionen in bauliche Anlagen, die innerhalb von festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten liegen, grundsätzlich nicht förderfähig sind. Im besonderen Ausnahmefall kann eine Förderung erfolgen, wenn für das Vorhaben eine Genehmigung oder Zustimmung der zuständigen unteren Wasserbehörde vorgelegt wird.
- Fachförderungen im Bereich Gebäude (Denkmalschutz), Straßen, Brücken, Schulen, Kitas, Breitband und Hochwasserschutzmaßnahmen Vorrang haben. Dem Projektantrag ist ein Negativattest bzw. eine Eigenerklärung des Antragstellers als Anlage beizufügen.

6. Anlagen

Folgende Unterlagen sind relevant und dem Antrag als gesonderte Anlagen beigefügt. Sie sind Bestandteile des Antrages:

Finanzierungsplan (Formular)
Kostenberechnung mit Herleitung (z. B. Kostenangebote oder Internetrecherche)
Nachweis der Vertretungsberechtigung z.B. Satzung, Vereinsregisterauszug,
Handelsregisterauszug (ausgenommen Gebietskörperschaften)
Eigentumsnachweis (bei investiven Kleinprojekten)
Für Baumaßnahmen Fotos vom Ist-Zustand
Lageplan des Objektes
Negativattest bzw. Eigenerklärung zur Fachförderung (falls zutreffend)
Genehmigungen bzw. Eingangsbestätigungen der entsprechenden Behörde
(sofern erforderlich)

7. Angaben, die für die Bewertung im Auswahlverfahren der LAG notwendig sind

Bitte machen Sie Angaben zu den folgenden LEADER-Kriterien (Zutreffendes bitte ankreuzen und kurz erläutern):

Das Kleinprojekt...

- ist neuartig für die Region/hat Modellcharakter
- intensiviert regionale Wertschöpfung
- stärkt Kooperation und Vernetzung
- stärkt regionale Identität
- verbessert das Ortsbild und/oder die Kulturlandschaft
- berücksichtigt prognostizierte demografische Entwicklung
- trägt zur Erhöhung der Bleibebereitschaft bei
- bezieht mehrere Generationen ein
- hat positive Wirkung auf die Chancengleichheit (Gender Mainstreaming Aspekt)
- unterstützt die Eingliederung benachteiligter Personen (im Sinne von Inklusion)
- trägt zur Anpassung an den Klimawandel bei
- unterstützt Energieeffizienz und schont unsere Ressourcen
- trägt zur Diversifizierung/Angebotsverbreiterung eines Unternehmens bei
- schafft oder sichert Arbeitsplätze

Ort

Datum

Name des Antragstellers bzw. des
Vertretungsberechtigten

Funktion
(zusätzlich für jur. Personen: Amts-, Funktions-
bezeichnung)

Unterschrift des Antragstellers bzw. des Vertretungsberechtigten / Stempel